

Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 391 42.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen-Aufnahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 123

Dienstag, den 27. Mai 1930

37. Jahrgang

Chronik des Tages.

* Im Rheinland sprach Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer in scharfer Form gegen den Reichstag, Worte, die im Reichstag zu lebhaften Auseinandersetzungen führten.

* An der deutsch-polnischen Grenze kam es zu Schießereien zwischen Grenzbeamten beider Länder, die wahrscheinlich auf Hebergriffe der polnischen Beamten zurückzuführen sind.

* Nach den bisherigen Untersuchungen in Düsseldorf scheint der verhaftete Kürten tatsächlich der vielgesuchte Massenmörder zu sein.

* Die neue Rede Mussolinis hat in Paris größte Erregung hervorgerufen.

Gegen den Reichsfinanzminister.

„Nicht der Reichstag regiert!“

Berlin, 27. Mai.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Ermächtigungsgesetzes zu steuerlichen Erleichterungen zu Gunsten der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft, und zwar auf den Gebieten der Kapitalertragssteuer bei festverzinslichen Wertpapieren, der Kapitalverkehrssteuer, der Grunderwerbssteuer, der Wertzuwachssteuer und der Besteuerung der Kapitalverwaltungsgesellschaften. Verbunden mit der Beratung sind der Gesetzentwurf über die Liquidierung der Bank für Industrie-Obligationen und die Anträge der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten, die sich gegen die Erhebung der Sonderumsatzsteuer für größere Betriebe richten.

Abgeordneter Dr. Hilferding (Soz.) kritisiert die letzte Rede des Finanzministers in Köln. Dr. Moldenhauer habe dort behauptet, die Regierungskrise sei entstanden, weil die Sozialdemokratie die Verantwortung für die Gesundung der Finanzen nicht übernehmen wollte. Das Gegenteil sei richtig. Moldenhauer habe weiter das Budgetrecht des Reichstags angegriffen. Er habe über das Recht des Parlaments mit Worten gesprochen, die nicht von dem Minister einer parlamentarischen Regierung erwartet worden waren. Die Sozialdemokratie lege gegen diese Art der Behandlung von Verfassungsfragen Verwahrung ein. (Zustimmung bei den Sozialisten.) Der Redner begründet dann einen Antrag, statt des Ermächtigungsgesetzes, das zweifellos eine Verfassungsverletzung sei, den Weg der ordentlichen Gesetzgebung zu gehen. In der Sache selbst könnten die Sozialdemokraten der geplanten Aufhebung der Kapitalertragssteuer für festverzinsliche Werte zustimmen unter der Voraussetzung, daß sie sich auf Neuemissionen beschränkt.

Abgeordneter Dr. Fischer, Köln, (Dem.) weist darauf hin, daß die Vorlage von der Regierung Müller eingebracht worden sei. Der Redner verlangt gleichfalls Aufklärung über die Kölner Rede des Ministers. Der Redner beantragt, bei der Aufhebung der Kapitalertragssteuer die Vorzugsaktien der Reichsbahn den festverzinslichen Wertpapieren gleichzustellen.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

erwidert, der Auszug seiner Rede lasse tatsächlich falsche Auslegungsmöglichkeiten zu. Richtig sei doch aber, daß die Sozialdemokratie die notwendigen Konsequenzen auf sozialpolitischem Gebiet nicht ziehen wollte.

Im übrigen ist die Regierung, so fährt der Minister fort, wie sie das wiederholt bekundet hat, entschlossen, die ihr gestellten großen Aufgaben, Osthilfe, Sanierung der Finanzen und Entlastung der Wirtschaft, zu lösen, und wenn der Reichstag sich diesen Aufgaben verjagen sollte, an das deutsche Volk zu appellieren.

Wir hoffen, daß es gelingt, auf verfassungsmäßigem Wege, auf dem Boden der Demokratie der Schwierigkeiten Herr zu werden. Auf die Dauer muß allerdings eine Trennung der Aufgaben zwischen Regierung und Parlament erfolgen.

Der Reichstag hat die Aufgabe der Gesetzgebung und der Kontrolle der Regierung. Er ist aber nicht berufen, zu regieren.

Präsident Lobe teilt mit, daß die Wirtschaftspartei zu den Anträgen betr. die erhöhte Umsatzsteuer einen Ergänzungsantrag eingebracht hat, wonach auch die allgemeine Erhöhung der Umsatzsteuer und die Mineralwassersteuer wieder aufgehoben werden sollen (Heiterkeit).

Abgeordneter Ende (Komm.) lehnt das Ermächtigungsgesetz ab, da die Steuererleichterungen lediglich für die besitzende Klasse gedacht seien.

Abg. von Sybel (Christl.-Nat.) erklärt, die Förderung der Kapitalbildung liege auch ganz selbstverständlich im Interesse der arbeitenden Massen selbst. Abg. Dr. Pfleger (Bayr. W.) begrüßt es, daß der Minister das über seine Kölner Rede entstandene Bild verändert habe. Es sei überhaupt bedenklich, in welcher Weise jetzt in der Presse vielfach mit der Anwendung des Artikels 48 gespielt

werde. Abg. Dr. Herz (Soz.) bezweifelt, daß der Minister in allen Teilen seiner Rede so gründlich mißverstanden werden könne, zumal inzwischen schon ein Bericht über eine zweite Rede vorliege, die die gleichen Gedankengänge enthalte.

Nach weiterer Debatte, an der sich die Abgeordneten Reinhold (Dem.), Colosser (Wirtsch.-P.) und Wienbeck (Df.) beteiligten, wurde der Antrag der Sozialdemokraten statt des Ermächtigungsgesetzes den Weg der ordentlichen Gesetzgebung zu beschreiben, abgelehnt, das Ermächtigungsgesetz angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 3 Uhr: Haushalt des Wirtschaftsministeriums.

Etat des Auswärtigen Amtes.

Aus dem Haushaltsausschuß

Berlin, 26. Mai.

Bei den im Haushaltsausschuß des Reichstages beginnenden Beratungen über den Etat des Auswärtigen Amtes wies der Berichterstatter, der Abg. von Freytagh-Loringhoven, darauf hin, daß eine gewisse Stabilisierung der Ausgaben des Auswärtigen Amtes festzustellen sei. Bei einem Vergleich der Ausgaben des deutschen Auswärtigen Amtes mit den entsprechenden Haushalten des Auslandes ergebe sich ein Mißverhältnis, da der deutsche Haushalt die Ausgaben einzelner ausländischer übersteige.

Der deutsche Haushalt mit insgesamt 63 Millionen RM. Ausgaben betrage beispielsweise 126 v. H. des englischen und 175 v. H. des französischen Haushaltes. Noch erschreckender werde das Mißverhältnis, wenn man Italien und Spanien heranziehe, mit denen im Grunde ein Vergleich angebracht wäre. Die Größe der Gesamtsumme in Deutschland erkläre sich vor allem aus der übermäßigen Zahl der Beamten. Die Zahl der Diplomaten vom Botschafter bis zum Sekretär betrage in Frankreich 123, in England 126, bei uns aber 192. Entsprechend seien auch die Kosten unserer Missionen erheblich höher. Bei der jetzt geforderten Umwandlung unserer Gesandtschaften in Argentinien, Brasilien und Chile in Botschaften habe das Auswärtige Amt Voranschläge aufgestellt, die die englischen Kosten weit überträfen.

Der zweite Berichterstatter, der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Breitscheid, hielt den der Deutschen Liga für Völkerbund gewährten Zuschuß von 120 000 RM. für reichlich hoch.

Reichsaußenminister Dr. Curtius

führte dann aus, daß von einer Stabilisierung der Ausgaben nicht gesprochen werden könne, da sich die Außenpolitik und ihre Aufgaben noch zu sehr in Fluß befänden. Es sei klar, daß für Deutschland besondere Verhältnisse vorliegen, so daß einzelne Auslandsvertretungen eine stärkere Besetzung erfordern. Die Umwandlung der Gesandtschaften in den südamerikanischen ABC-Staaten in Botschaften sei geboten, da auch die übrigen europäischen Staaten diesen Schritt getan hätten.

Schießerei an der Ostgrenze.

Polnische Polizeibeamte dringen in das deutsche Grenzpolizeigebäude ein.

Marienwerder, 27. Mai.

Zwei polnische Grenzpolizeibeamte, die nachts unbefugterweise die deutsch-polnische Grenze überschritten hatten und in das deutsche Grenzpolizeigebäude in Neuhoefen eingedrungen waren, sind in diesem Hause durch deutsche Grenzpolizeibeamte festgenommen worden. Sie widerstrebten sich der Festnahme mit ihren Dienstwaffen und verwundeten einen deutschen Beamten, so daß dieser seinerseits von der Schußwaffe Gebrauch machen mußte.

Unmittelbar darauf unternahm andere polnische Grenzbeamte, die ebenfalls die Grenze überschritten, einen Befreiungsversuch, indem sie zahlreiche Schüsse auf das deutsche Grenzpolizeigebäude und die deutschen Beamten abgaben. Die Verletzungen des deutschen Beamten sind un gefährlich, der eine der festgenommenen polnischen Beamten hat einen Bauchschuß erhalten, an dem er verschieden ist.

Die Berichterstattung über diesen Zwischenfall von deutscher und von polnischer Seite weist scharfe Widersprüche auf und unterliegt noch der Nachprüfung, doch hat man ganz objektiv den Eindruck, daß die wesentlich ruhigere und sachlichere Darstellung der amtlichen preussischen Stellen vertrauenswürdig ist als die aufgeregten Meldungen, die von polnischer Seite verbreitet und durch die polnische Presse mit wilden und ausfahrenden Kommentaren begleitet werden. Schon die Tatsache, daß sich der Zusammenstoß auf deutschem Gebiet abgespielt hat, spricht für eine Grenzverletzung durch die polnischen Beamten, denn die polnische Darstellung, daß die deutsche Grenztruppe mit Gewalt pol-

nische Beamte auf deutsches Gebiet geschleppt und hier mißhandelt und beschossen habe, klingt reichlich romantisch und unwahrscheinlich. Die deutsche Darstellung, daß die Polen das deutsche Grenzpolizeiamt in Neuhoefen bedrängt haben und daß angesichts des Widerstandes der deutschen Beamten weitere polnische Grenzbeamte herbeieilten, liest sich erheblich wahrscheinlicher. Man hat bei der Art der amtlichen und privaten polnischen Darstellung den Eindruck, daß hier nach dem Motto „Haltet den Dieb“ Stimmung gemacht werden soll, ehe dieser unkontrollierbaren Berichterstattung das Material einer authentischen Untersuchung entgegengestellt werden kann, aber man darf sich wohl darauf verlassen, daß die Reichsregierung mit aller Entschiedenheit für völlige Aufklärung des Zwischenfalls, für Widerlegung der polnischen Alarmmeldungen und gegebenenfalls für eine entsprechende Sühne sorgt. Die Gegend des Zwischenfalls in der Nähe der von den Polen sinnloser Weise zerstörten Münsterwalder Brücke über die Weichsel ist durch das Verhalten der polnischen Grenzbeamten schon seit Jahren in Unruhe und Spannung, und es scheint, daß die polnischen Herrengelfüste, wahrscheinlich angefeuert durch das Wochenende und seine animierenden Unterhaltungen, die polnischen Grenzer zu einem Abenteuer getrieben hat, das ihnen nicht gut bekommen ist und das eine politisches Nachspiel unvermeidbar macht.

Imperialismus der Arbeiterpartei.

MacDonald über die Erhaltung des britischen Weltreichs.

London, 27. Mai.

Ministerpräsident MacDonald hat anlässlich des Tages des britischen Weltreichs eine Rede gehalten, in der er darauf hinwies, daß Großbritannien die ihm durch seine Verpflichtungen gegenüber den verschiedenen Teilen des britischen Weltreichs, soweit sie nicht wie die Dominien volle Selbstverwaltung hätten, auferlegte Bürde nicht von sich weisen könne.

Er glaube, daß die britische Herrschaft noch eine große Rolle in der Welt zu spielen habe. Zahlreiche Rassen hätten Weltreiche geschaffen, keiner dieser Reiche habe sich aber als dauerhaft erwiesen. Die Frage, ob das britische Weltreich die Fähigkeiten habe, für die Zukunft zu leben, beantwortete MacDonald bejahend. Sie hänge aber vom einsichtsvollen und praktischen Sinn und Mut des britischen Volkes ab.

Diese Erklärung ist in zweifacher Hinsicht bemerkenswert, einmal aus dem Munde eines sozialistischen Ministerpräsidenten und zweitens im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Krise in Indien. MacDonalds Rede zeigt wieder auf das deutlichste, daß nicht nur die Konservativen oder Liberalen, sondern auch die englische Arbeiterpartei und damit so gut wie das gesamte englische Volk Imperialisten im Sinne der Erhaltung und des Ausbaues des britischen Weltreichs sind. Sie ist ein Beweis dafür, daß das alte Wort „Right or wrong, my country“ auch für die Arbeiterpartei Geltung hat, daß erst das Land, und zwar unter allen Umständen kommt und dann erst die Partei. Die indische Krise, das zeigt die Rede MacDonalds deutlich, wird die grundsätzliche Reichspolitik nicht beeinflussen können.

Ministerreden im Rheinland.

Starke Worte Moldenhauers.

Köln, 27. Mai.

In einer Rede in Köln verbreitete sich Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer besonders über die verschiedenen Deckungspläne für den Fehlbetrag im neuen Reichshaushalt. Er führte u. a. aus:

Wenn es nicht gelänge, die schwierigen Verhältnisse, die sich in den letzten Wochen herausgebildet hätten, mit parlamentarischen Mitteln zu meistern, dann würde die Regierung die Sanierung erforderlichenfalls auch ohne Reichstag durchsetzen.

Die Regierung habe zu regieren und der Reichstag habe zu kontrollieren. Einen Reichstag, der auch regieren wolle, dürfe es nicht geben. Die Regierung werde Mittel und Wege finden, den Gedanken der Sparsamkeit, der heute die Reichsregierung beherrsche, auch auf die Länder und Gemeinden zu übertragen. Zum Schluß streifte der Minister noch die Frage der Reichsreform und erklärte dabei, die bayerische Frage trete hinter dem Dualismus zwischen Reich und Preußen zurück.

Auch in Godesberg hat der Reichsfinanzminister eine Rede gehalten, wobei er besonders auf Fragen der Finanzreform im Zusammenhang mit der Finanzgebarung der Kommunen einging. Der Minister erklärte sich dabei u. a. für die „Bürgerabgabe“, durch die verhindert werden müsse, daß die Realsteuern durch Kräfte, die nicht davon betroffen werden, hoch hinaufgeschraubt werden.